

**„Friedensethik im Wandel“  
Sommerdialog auf Schwanenwerder 13.08.2023  
158. Europäischer Bibeldialog**

**Vortrag und Gespräch mit Pastor Renke Brahms  
(bis Nov. 2021 Friedensbeauftragter des Rates der EKD)**

**(Es gilt das gesprochene Wort)**

**Diskussion um eine neue Friedensethik**

Der Angriff Russlands auf die Ukraine hat innerhalb und außerhalb der Evangelischen Kirche zu einer lebhaften Diskussion über eine „*neue Friedensethik*“ geführt. Die Friedensethik der EKD sei ein „Scherbenhaufen“ und sei dringend zu überarbeiten<sup>1</sup>, es sei an der Zeit, „Grundpositionen der evangelischen Friedensethik der letzten Jahrzehnte noch einmal zu überdenken.“<sup>2</sup> oder es wird ein notwendiges Revirement (Wechsel, Erneuerung) der Friedensethik diagnostiziert - Evangelische Friedensethik müsse sich der „Lage stellen, ihr ist ein neuer Realismus abverlangt.“<sup>3</sup>

*Gleichzeitig* gibt es seit Jahren die Forderung aus dem Bereich des kirchlichen Pazifismus, die Friedensethik der EKD müsse über die Denkschrift von 2007 hinausgehen und die Ausnahme vom Gewaltverbot im Sinne einer rechtserhaltenden Gewalt friedensethisch überwinden – also militärische Mittel gänzlich ausschließen. Aus dem Bereich der historischen Friedenskirchen und der pazifistischen Gruppen und Netzwerken hören wir das als bleibende Kritik an der Denkschrift und der friedensethischen Grundposition der EKD.

Friedenspolitisch bewegen wir uns gegenwärtig zwischen *zwei gegenläufigen Tendenzen*:

*Auf der einen Seite* haben wir den gescheiterten Afghanistaneinsatz, den scheiternden Einsatz in Mali und die Einsicht, dass (rein) militärische Einsätze zum Scheitern verurteilt sind und daraus die Konsequenz gezogen wurde, den Einsatz der Bundeswehr wieder auf Landes- und Bündnisverteidigung zu

---

<sup>1</sup> Johannes Fischer <https://zeitzeichen.net/node/9604>

<sup>2</sup> Ulrich Körtner, <https://www.evangelisch.de/inhalte/197937/03-03-2022/theologe-evangelische-friedensethik-neudenken>

<sup>3</sup> Roger Mielke, <https://zeitzeichen.net/node/9601>

beziehen. Aber noch sind die Einsätze gar nicht evaluiert. Und bei der Evaluation wird das Thema der bündnispolitischen Begründung des Afghanistaneinsatzes aus Rücksicht auf die Bedeutung des Bündnisses im Fall der Ukraine gar nicht adäquat betrachtet.

*Andererseits* haben wir den Ukraine-Krieg, bei dem es nicht um die Landesverteidigung und auch nur mittelbar um Bündnisverteidigung geht, sondern um den Sonderfall der Unterstützung eines Nicht-Nato-Staates gegen einen Aggressor. Und verbunden damit geben wir eine unvorstellbare Summe für die Ausrüstung der Bundeswehr und zur Unterstützung der Ukraine aus.

In dieser Gemengelage ist es wichtig, darauf hinzuweisen, dass nicht etwas das Leitbild des gerechten Friedens aus der Zeit gefallen ist, sondern aus der Zeit gefallen ist Putin mit dem Angriffskrieg auf die Ukraine und einer Kriegsführung, die an den ersten Weltkrieg erinnert – und in dem es nur Verlierer und Verliererinnen gibt.

Auch wenn der Ton der Diskussion nach anfänglicher Schärfe inzwischen einer gewissen Sachlichkeit gewichen ist, hat der Krieg Russlands gegen die Ukraine die inhaltlichen Dissense offengelegt und verschärft. Auch die öffentlichen Stellungnahmen der Ratsvorsitzenden, des Friedensbeauftragten und des Militärbischofs zeigen diese Dissense und die Breite der Meinungen.

Im Folgenden will ich deshalb in 6 Punkten einige Perspektiven der skizzieren. Es besteht wahrlich kein Anspruch auf Vollständigkeit.

### **1. Die Situation: die Besonderheiten des Ukraine-Krieges**

In der Frage, wie auf den Ukraine-Krieg auch friedensethisch zu reagieren ist, hängt viel an der Analyse. Deshalb ist die Frage zu beantworten, was denn das Besondere an der Situation des russischen Angriffs auf die Ukraine ist.

- Es ist vor allem anderen die *Eindeutigkeit des Völkerrechtsbruchs* und das Ausmaß der Kriegsverbrechen. Zwar gab es nach dem 2. Weltkrieg auch andere völkerrechtswidrige Kriege wie z.B. den Vietnamkrieg, den mit erfundenen Argumenten – Stichwort Massenvernichtungsmittel – begonnenen Irak-Krieg oder auch das fehlende Mandat im Kosovo. Aber in allen diesen Kriegen und Konflikten gab es mindestens eine gewaltförmige Vorgeschichte von internen Konflikten, in die dann ausländische Mächte aus unterschiedlichen Gründen eingegriffen haben. Davon kann in der Ukraine nicht die Rede sein. Auch der Konflikt im

Donbass wurde von Anfang an von Russland geschürt. Es gab und gibt keinen Anlass für Russland, dieses Land anzugreifen und in solch brutaler Weise gegen dieses Land und seine Bevölkerung Krieg zu führen. Diese Tatsache gibt nach dem Völkerrecht der Ukraine jedes Recht, sich selbst zu verteidigen. Auch Kriegsverbrechen gab es in vielen Kriegen, aber ein so klarer ausdrücklicher Krieg gegen die Zivilbevölkerung ist dennoch selten zu finden gewesen.

- Des Weiteren ist die *geopolitische Auswirkung* des Ukraine-Krieges zu bedenken. Auch wenn wir nicht in Putins Kopf sehen können – so müssen wir doch seine Worte ernst nehmen. Und die zeigen in die Richtung einer imperialen Politik, die nicht in der Ukraine Halt machen wird. Die weiter geschürten Konflikte in Georgien und Moldawien weisen darauf hin. Auch Destabilisierungsversuche Richtung der Baltischen Staaten sind zu befürchten.
- Drittens destabilisiert dieser Krieg alle *Rüstungskontroll- und Abrüstungsverträge*. Schon vorher gab es eine Erosion dieser Verträge, aber nun sind praktisch alle gekündigt und wir stehen vor einer enormen Aufrüstungsspirale. Besonders bedrohlich sind alle Drohungen mit Atomwaffen. Eine solche instabile Lage hinsichtlich der Atomwaffen gab es seit dem 2. Weltkrieg nicht mehr – vielleicht abgesehen von der Kuba-Krise.
- Noch nie hat ein Krieg in dieser Weise gezeigt, wie sehr die *Welt miteinander verknüpft* ist. Die wirtschaftlichen Auswirkungen sind enorm. Beispielhaft steht dafür die gesamte Energieversorgung, die damit verbundenen Folgen für Inflation und weltweites Armutrisiko – wie der Handel mit Weizen für die ärmsten Staaten dieser Welt zeigt und auch für die Welternährungsprogramme.
- Der Krieg und seine Folgen behindern den wichtigsten Kampf, den die Menschheit jetzt eigentlich gemeinsam zu führen hätte: den *Kampf gegen den Klimawandel*. Politische Energie und Geld fehlen für diesen Kampf – mit weitreichenderen Folgen als wir es vielleicht im Moment ahnen.

Insofern ist es wohl richtig, von einer „Zeitenwende“ oder einem „Epochenbruch“ zu reden – wenn man es denn nicht allein auf die Ausstattung der Bundeswehr mit 100 Milliarden Euro bezieht. Dazu später noch einmal mehr.

## 2. Welche friedensethischen Positionen stehen sich eigentlich gegenüber?

Ich will vereinfachend *drei Positionen* benennen, die sich in der Diskussion innerhalb der Evangelischen Kirche zeigen. Doch bevor ich das tue, will ich unterstreichen, dass sich diese drei Positionen in einem breiten Konsens bewegen, den das Leitbild vom Gerechten Frieden definiert. Dazu gehört der Grundsatz: Wer den Frieden will, den Frieden vorbereiten muss – und nicht den Krieg. Dazu gehört der klare Vorrang der gewaltfreien Mittel zur Eingrenzung und Überwindung von Konflikten und Gewalt. Und dazu gehört die Betonung des internationalen Rechts als Schutz für Menschen und Staaten.

In der aktuellen Diskussion sehe ich auch einen *breiten Konsens* in der Anerkennung des Selbstverteidigungsrechts der Ukraine, der humanitären Unterstützung der Menschen und auch in der Sanktionspolitik – obwohl auch das ein Zwangsmittel ist, dass massive Folgen für die Menschen in Russland haben können.

Diesen Konsens zu betonen, macht eben auch einen Unterschied zu einer Friedensethik und Theologie, wie sie in der russisch-orthodoxen Kirche in Moskau herrscht und durch den Patriarchen Kyrill öffentlich vertreten wird. Das ist eine Kriegstheologie. Davon sind wir gottseidank in der EKD weit entfernt. In der EKD – und darauf will ich mich beschränken – beobachte ich im Moment drei Grundpositionen.

*Eine erste Position* sagt, dass die evangelische Friedensethik mit der Denkschrift von 2007 und vor allem mit der Kundgebung der EKD Synode 2019 zu einseitig auf den Weg der Gewaltfreiheit festgelegt hat, dem internationalen Recht zu viel zugetraut hat und eine Ethik der rechtserhaltenden Gewalt und eines damit einhergehenden in bestimmten Ausnahmesituationen notwendigen Einsatzes militärischer Mittel vernachlässigt hat – das sei nun noch einmal zu ändern angesichts der Realität des Ukraine-Krieges. Friedensethisch sei deshalb zu betonen, dass es hinsichtlich der Unterstützung der Ukraine nicht nur das Recht auf Waffenlieferungen, sondern in der Situation der Nothilfe für das Land die Pflicht dazu gäbe - so z.B. die Positionierung der Evangelischen Seelsorge in der Bundeswehr in einem Papier unter dem Titel: „Maß des Möglichen“<sup>4</sup>.

---

<sup>4</sup> <https://www.bundeswehr.de/resource/blob/5586906/60b681196328321d90e4fcf9297a7501/mass-des-moeglichen-data.pdf>

*Eine andere Position* betont nicht nur den Vorrang der Gewaltfreiheit, sondern deren Ausschließlichkeit als friedensethische Verpflichtung, da Ausnahmen immer wieder zu gewaltförmigen Eskalationen führten und der Teufelskreis der Gewalt nur durch gewaltlose Mittel durchbrochen werden könnten. Deshalb seien auch nach Abwägung der Argumente Waffenlieferungen abzulehnen, weil sie den Krieg verlängern und Waffen nun einmal töten. Es sei alles daran zu setzen, zu einem Waffenstillstand und zu Verhandlungen zu kommen. Diese Argumente finden sich in variiert Form bei den sogenannten pazifistischen Gruppen wieder – natürlich in weit differenzierter Weise als ich es hier jetzt tue.

*Eine dritte Position* liegt hier in der Mitte. Das Leitbild des Gerechten Friedens, wie es in der Denkschrift formuliert wird, bedarf zwar der Aktualisierung, sei aber durch den Ukraine-Krieg nicht grundsätzlich infrage gestellt. Friedensethisch seien der Vorrang der Gewaltlosigkeit, der notwendige Schutz von Menschenleben vor Aggression und Kriegsverbrechen und die Durchsetzung internationalen Rechts miteinander abzuwägen. In der Situation der Nothilfe seien Waffenlieferungen friedensethisch legitim, dürften aber nur ein vorläufiges Mittel sein. Ziel seien Verhandlungen und ein Ende des Krieges. Dieses solle immer Vorrang behalten. Das betont z.B. die Ratsvorsitzenden immer wieder.

Um es schon hier zu kennzeichnen: ich persönlich finde mich bei der dritten Position wieder – darüber können wir aber später noch einmal sprechen. Ich will die Positionen hier auch nicht weiter bewerten. Deshalb meine dritter Punkt:

### **3. Umgang mit unterschiedlichen Positionen**

Auch wenn in Zeiten der Krise die *Sehnsucht nach Eindeutigkeit der Positionen* noch einmal wächst, muss konstatiert werden, dass es diese Eindeutigkeit nicht gibt – nach meiner Meinung auch nicht theologisch! Die verschiedenen Positionen in der friedensethischen Debatte zwischen dem unbedingten Schutz der Opfer und der Aufrechterhaltung des Rechts einerseits und der Gewaltfreiheit und dem Gebot der Feindesliebe andererseits berufen sich auf biblische Traditionslinien und theologische Grundmuster, die sich teilweise widersprechen und sich gegenseitig ausschließen.

*Diese Ambiguität, diese Ambivalenz*, lässt sich nicht auflösen. Es ist eine zutiefst hermeneutische Frage nach der Bewertung bestimmter biblischer Texte und

Traditionen, aus denen sich verschiedene Positionen ergeben. Die damit gegebene Spannung lässt sich nicht endgültig auflösen.

Die einen betonen die Bergpredigt und die Gewaltlosigkeit Jesu als den Maßstab der Friedensethik und sehen darin die Verpflichtung zu einem eindeutigen und unbedingten Pazifismus. Andere verstehen die Bergpredigt nicht als eine solche eindeutige Orientierung und ordnen sie anders in den Gesamtkontext der biblischen Texte ein. Wiederum andere betonen andere biblische Texte wie Römer 13 mit der unterschiedlichen Rolle, die der Kirche auf der einen Seite und der weltlichen Obrigkeit auf der anderen Seite zukommen.

Diese unterschiedlichen Interpretationen gibt es und damit die unterschiedlichen Positionen. Sie sind nun einmal da und der Streit um die richtige Auslegung endet oft in fruchtlosen Debatten.

Deshalb gilt es, mit diesen unterschiedlichen Positionen umzugehen. Wir sollten auch kirchenintern die notwendige Auseinandersetzung um den richtigen Weg zum Frieden in friedvoller Weise führen. Die friedensethische Diskussion in der Evangelischen Kirche in Deutschland ist gelegentlich von starken Gegensätzen und einer gegenseitigen Verdachtshermeneutik geprägt. Der einen Seite wird unterstellt, das Evangelium zu verraten, wenn sie im Rahmen der rechtserhaltenden Gewalt auch den Einsatz von militärischen Mitteln vertreten kann. Der anderen Seite wird vorgeworfen, naiv zu sein und die Realitäten nicht anzuerkennen. Ich plädiere für eine wirklich offene Diskussion der vielen Fragen, die sich angesichts des Angriffs der russischen Regierung auf die Ukraine in der Tat noch einmal dringend und teilweise auch neu stellen.

Die unterschiedlichen Positionen in der Friedensethik müssen dabei im *gegenseitigen Respekt als gemeinsames Ringen* um einen gerechten Frieden verstanden werden, das auch um die offenen Fragen, die Dilemmata und Ambiguitäten weiß. Dazu gehört auch die biblisch-exegetische Arbeit im Rahmen einer sozialgeschichtlichen Auslegung der Bibel, die uns lernen lässt, Ambiguitäten auszuhalten und damit umzugehen. Dazu gehören auch das Wahrnehmen und Hören auf Geschwister aus der Ökumene. Auch in der weltweiten ökumenischen Bewegung gibt es einen Grundkonsens im Leitbild des Gerechten Friedens, aber dennoch sehr unterschiedliche Kontexte, in denen die Kirchen zu unterschiedlichen Positionierungen kommen.

Vor Einem allerdings muss dieses Umgehen geschützt werden: vor einem billigen „Sowohl-als-auch“ im Sinne einer falsch verstandenen Formel vom „Frieden schaffen mit und ohne Waffen“.

Denn davon bin ich überzeugt: dass *die Bibel in ihrer Gänze* und Tradition von Gewaltkritik, Gewaltminderung und -überwindung, von Versöhnung und Friedensstiftung geprägt ist, die eine Richtung weist und immer im Sinne einer „prima ratio“ der Gewaltfreiheit den Weg zum Frieden sucht. Insofern geht es um eine „progressive Friedensethik“, die sich nicht mit der Beschreibung des Status quo oder einer nur vermittelnden Position in der Mitte zufriedengibt, sondern nach vorne schreitet. „Progressiv“ meint in diesem Falle nicht modern oder fortschrittlich im Gegensatz zu konservativ oder ähnlichen Zuschreibungen. „Progressiv“ meint auch keine geschichts-positivistische Sicht im Sinne einer sich moralisch immer höher entwickelnden Menschheit. Eine evangelische Friedensethik weiß um die Gebrochenheit unserer Friedensbemühungen, sie weiß, dass wir in einer „noch nicht erlösten Welt“ (Barmen) leben. Sie weiß aber auch um den prophetischen Hoffnungsüberschuss, der nach vorne treibt und stets den Frieden sucht. In diesem Sinne brauchen wir eine progressive, voranschreitende Friedensethik.

Da ich der Überzeugung bin, dass die evangelische Friedensethik keiner grundsätzlichen Neufassung bedarf, sondern eher einer Weiterführung angesichts neuer Herausforderungen, folge ich in den nächsten Punkten zwei Strängen der Friedensethik, die die Diskussion bestimmen.

#### **4. Rechtserhaltende Gewalt**

Was ich jetzt darstellen will, ist **ein** Strang der friedensethischen Argumentation, die der Denkschrift der EKD von 2007 „Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen“ folgt.

Offenzulegen ist an dieser Stelle, dass diese Position die eines verantwortungsethischen Pazifismus, aber keines unbedingten Pazifismus ist. Deshalb argumentiert diese Position unter der Voraussetzung eines Vorrangs der Gewaltlosigkeit auch mit Ausnahmen vom Gewaltverbot.

Auch persönlich bin ich davon überzeugt, dass die Bibel in ihrer Gänze und Tradition von Gewaltkritik, Gewaltminderung und -überwindung, von Versöhnung und Friedensstiftung geprägt ist, die eine Richtung weist und

immer im Sinne einer „prima ratio“ der Gewaltfreiheit den Weg zum Frieden sucht. Dennoch kann ich mich der Tatsache nicht verschließen, dass es Situationen gibt, in denen als Ausnahmetatbestand und Nothilfe der Einsatz von Zwangsmaßnahmen – auch theologisch begründbar – erlaubt sein kann.

In der Denkschrift von 2007 heißt es: *„Recht ist auf Durchsetzbarkeit angelegt. In der Perspektive einer auf Recht gegründeten Friedensordnung sind Grenzsituationen nicht auszuschließen, in denen sich die Frage nach einem (wenn nicht gebotenen, so doch zumindest) erlaubten Gewaltgebrauch und den ethischen Kriterien dafür stellt.“*

Zu den Kriterien werden hier einerseits die Regelungen des Völkerrechts und andererseits die nun in den Rahmen des gerechten Friedens eingeordneten Kriterien des sogenannten „gerechten Krieges“ (Erlaubnisgrund, Autorisierung, Richtige Absicht, äußerstes Mittel, Verhältnismäßigkeit der Folgen, Verhältnismäßigkeit der Mittel, Unterscheidungsprinzip) hinzugezogen, die durch weitere Kriterien ergänzt werden (z.B. Überprüfbarkeit durch den Internationalen Gerichtshof, Exitstrategie, Evaluation).

Nur unter diesen eng gesetzten Kriterien kann der Gebrauch von Gewalt im Sinne rechtserhaltender Gewalt friedensethisch erlaubt sein: Denkschrift: *„Bei schwersten, menschliches Leben und gemeinsam anerkanntes Recht bedrohenden Übergriffen eines Gewalttäters kann die Anwendung von Gegengewalt erlaubt sein, denn der Schutz des Lebens und die Stärke des gemeinsamen Rechts darf gegenüber dem »Recht des Stärkeren« nicht wehrlos bleiben.“*

Angesichts der Eindeutigkeit der Situation in der Ukraine, des einseitigen Angriffs Russlands auf das Land, dem Tod vieler Zivilisten, der Zerstörung ganzer Städte und der starken Indizien für Kriegsverbrechen durch Russland muss konstatiert werden, dass in diesem Fall viele Kriterien für den Gebrauch rechtserhaltender Gewalt nach der Denkschrift der EKD erfüllt sind – aber eben nicht alle, wie es die Denkschrift fordert. Es bleiben offene Fragen:

Autorisierung: Angesichts der Blockade im UN–Sicherheitsrat ist eine Mandatierung durch denselben nicht zu erwarten. Die Resolution A/RES/ES-11/1 der UN-Generalversammlung vom 2. März 2022 ist mit ihren 141 Stimmen zwar ein starkes Zeichen für die Verurteilung des Russischen Angriffs auf die Ukraine, aber keine Mandatierung irgendeines Einsatzes.



Insofern ist friedensethisch nach den Kriterien der Denkschrift eine Begründung rechtserzwingender und rechtserhaltender Maßnahmen nur unter dem Gesichtspunkt der „Nothilfe“ zu betrachten möglich: *„Sollte der rechtmäßige kollektive Sicherheitsmechanismus durch eine Blockierung des UN-Sicherheitsrats versagen (wie 1998 im Blick auf Kosovo, wo sich das Problem der Spannung zwischen Recht und Moral stellte), so wären militärische Nothilfemaßnahmen zumindest streng daraufhin zu prüfen, ob sie in der Folgewirkung das Kriegsächtungsprinzip der UN-Charta und die transnationale Rechtsdurchsetzung durch die Weltorganisation eher stärken oder schwächen.“*

Die anderen Kriterien sind Abwägungskriterien und insofern auch immer umstritten. Das erleben wir auch in der aktuellen politischen Diskussion.

In der *Abwägung der Mittel und Folgen* wird immer wieder darauf hingewiesen, dass der direkte Einsatz von NATO-Truppen in unübersehbarer und unverantwortlicher Weise eskalieren würde. Welche Waffen eskalieren weiter? Inwieweit werden Zivilisten geschützt durch die Unterstützung der Ukraine?

Klar ist: Im Rahmen des Leitbildes des Gerechten Frieden können Zwangsmaßnahmen und der Einsatz von rechtserhaltender Gewalt *nur vorläufiges und begrenztes Mittel* sein. *Ziel müssen Verhandlungen* sein, um die Waffen zum Schweigen zu bringen und einen nachhaltigen Frieden zu erreichen. Welcher Weg dorthin der richtige ist, ist zu Recht immer wieder umstritten und bedarf der ständigen Debatte und Abwägung.

## **5. Plausibilität der Gewaltfreiheit**

Spätestens seit 2004 (Aktionsplan der Bundesregierung) ist die zivile und gewaltfreie Konfliktbearbeitung auf der politischen Agenda. Die langjährigen Erfahrungen vieler Organisationen sind systematisch in politischen Institutionen eingearbeitet und weiterentwickelt worden. Dafür steht vor allem der Zivile Friedensdienst (ZFD), aber auch das Zentrum für internationale Friedenseinsätze (ZIF).

Auch historisch haben wir Beispiele für gelungene Veränderungen durch gewaltfreie Bewegungen. Wir brauchen dazu nur in unsere eigene Geschichte zu sehen und an die friedliche Revolution in der DDR denken. Aber auch die

Entwicklung in Polen und die singende Revolution in den baltischen Staaten sind Beispiele für solche Entwicklungen.

Aber noch immer haben es diese Alternativen zu einer militärischen Logik schwer – zumal unter dem immer wiederholten Argument, dass gewaltfreie Instrumente den IS oder Putin nicht stoppen könnten. Auch wenn ich persönlich konstatiere, dass die Option der Gewaltfreiheit gegenüber der Brutalität und Strategie Putins in der Ukraine tatsächlich eine Grenze hat, muss doch festgehalten werden, dass in vielen Fällen die gewaltfreien Bewegungen deutlich mehr Erfolg hatten. Darauf weisen die Studien von Erica Chenoweth und Maria J. Stephan aus den USA hin<sup>5</sup>. Sie weisen nach, dass Konflikte - vor allem innerstaatliche – in der Zeit von 1900 bis 2006 trotz der großen Weltkriege deutlich öfter gewaltfrei gelöst wurden als mit Gewalt oder militärisch. Dazu ist eine starke Zivilbevölkerung nötig und Strategien der Gewaltlosigkeit. In einer zweiten Studie über die Zeit von 2006 bis 2016 wird festgestellt, dass die Zahl der gewaltfreien Bewegungen zugenommen hat, aber weniger erfolgreich ist. Als einen Grund dafür nennen die beiden Forscherinnen die Tatsache, dass sich die autokratischen und diktatorischen Staaten darauf eingestellt haben und Zivilbevölkerung systematisch unterdrücken.

Diese Studien zur Wirksamkeit von gewaltfreien Bewegungen werden in der theologischen Wissenschaft immer noch weitgehend ignoriert. Dabei werden die gewaltfreien Bewegungen in der amerikanischen Militärforschung<sup>6</sup> inzwischen ernst genommen und in Sicherheitsstrategien, z. B. der Baltischen Staaten integriert<sup>7</sup>. Was lange als »unrealistisch« galt, hat sich inzwischen als realistischer erwiesen als manche vermeintlich realistischen Erwartungen an militärische Instrumente (siehe Afghanistan).

Es gibt eine Fülle von Erfahrungen, Berichten und Studien zur Gewaltfreiheit auch im deutschsprachigen Raum<sup>8</sup>. An der Plausibilität – und natürlich auch an

---

<sup>5</sup> Why Civil Resistance Works: The Strategic Logic of Nonviolent Conflict, Columbia University Press 2012; Civil Resistance, What everyone needs to know, Oxford University Press 2021.)

<sup>6</sup> Will Irwin, How Civil Resistance Works (And Why it Matters to SOF), JSOU Report 19-4; Joint Special Operations University Press 2019

<sup>7</sup> Gražina Miniotaitė, Civilian Resistance in the Security and Defense System of Lithuania: History and Prospects, <https://journals.lka.lt/journal/lasr/article/213/file/pdf> (31.10. 2022); siehe auch: Anika Binnendijk / Marta Kepe, Civilian-Based Resistance in the Baltic States Historical Precedents and Current Capabilities, [https://www.rand.org/pubs/research\\_reports/RRA198-3.html](https://www.rand.org/pubs/research_reports/RRA198-3.html) (31.10. 2022)

<sup>8</sup> Berghof Foundation: <https://berghof-foundation.org/library> (03.10. 2022); außerdem: International Center of Non-Violent (ICNC): [https://www.nonviolent-conflict.org/resourcelibrary/?fwp\\_language=english](https://www.nonviolent-conflict.org/resourcelibrary/?fwp_language=english) (03.10.

Grenzen – der Gewaltfreiheit muss deshalb über das bisher schon Geschehene weiter geforscht und gearbeitet werden.

Wichtig ist die Tatsache, dass auch in der gegenwärtigen Situation in der Ukraine ziviler Widerstand geleistet wurde und wird. Menschen blockieren Panzer auf der Straße oder Konvois bei der Durchfahrt durch ihre Städte. Sie demonstrieren mit Fahnen und dem Singen der ukrainischen Nationalhymne auch in von russischen Soldaten kontrollierten Gebieten; sie versorgen die Soldaten mit Nahrung und Arzneimitteln, verwirren die russischen Truppen mit Verkehrsschildern, auf denen alle Pfeile nach Den Haag zeigen. Hacker stören russische Webseiten, Menschen versorgen russische Deserteure oder weigern sich, russischen Patrouillen ihre Papiere zu zeigen. Sogar in Belarus und Russland selbst gibt es Widerstand. Belarussische Bahnarbeiter haben die Bahnlinie in die Ukraine sabotiert, damit der Nachschub für die russischen Truppen nicht vorankommt. Menschen demonstrieren bei allergrößter Gefahr in Russland und eine Journalistin zeigt im staatlichen Fernsehen ein Plakat gegen den Krieg. Alle diese Aktionen dürfen in ihrer Wirkung nicht unterschätzt werden und weisen auf die grundsätzliche Bedeutung gewaltfreien Widerstands, zivilen Ungehorsams und sozialer Verteidigung hin.<sup>9</sup>

Nach wie vor gibt es eine – wenn auch kleine – pazifistische Bewegung in der Ukraine. Einer der Vertreter ist Juri Scheljaschenko, Sekretär der „Ukrainischen Pazifistischen Bewegung“, der jetzt unter Anklage steht, weil er sich gegen den Krieg und die Gewalt ausspricht, das Ausreiseverbot für Männer beklagt und deswegen wegen Störung der Mobilisierung angeklagt ist.

Die aufgezeigten Perspektiven machen deutlich, dass es keine grundsätzliche Neufassung der evangelischen Friedensethik bedarf, sie sich aber vor neuen Herausforderungen sieht, auf die die Kirche mit ihrer Friedensethik antworten muss.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit:

---

2022); Thania Paffenholz (Ed.), *Civil Society and Peacebuilding: A Critical Assessment*. Boulder, CO 2020; Daniel Lambach / Markus Bayer / Felix S. Bethke / Matteo Dressler / Véronique Dudouet, *Nonviolent Resistance and Democratic Consolidation*, Wiesbaden 2020; Christine Schweitzer, *Nonviolent Peaceforce*, <https://nonviolentpeaceforce.org/goodpractices/> (03.10. 2022).

<sup>9</sup> Hinweise z.B. bei [www.wagingnonviolence.org](http://www.wagingnonviolence.org)

